



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Kerstin Celine, Ulrich Leiner, Katharina Schulze, Claudia Stamm, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Beihilferechtliche Schritte gegen die Subventionen für britisches Atomkraftwerk Hinkley Point C einleiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass gegen die Entscheidung der EU-Kommission vom 8. Oktober 2014 zur Beihilfe für das geplante Atomkraftwerk Hinkley Point C in Großbritannien fristgerecht eine Nichtigkeitsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union gemäß Art. 263 laut EU-Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) eingereicht wird bzw. oder sich der Klage eines anderen europäischen Staates angeschlossen wird.

Begründung:

Noch kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit hat die alte EU-Kommission mit Unterstützung des damaligen Energiekommissars Günther Oettinger am 8. Oktober 2014 die staatliche Beihilfe für den britischen AKW-Neubau Hinkley Point C (Support SA.34947) bewilligt. Die britische Regierung darf damit den künftigen Betreibern von Hinkley Point einen fixen Strompreis von 92,5 britische Pfund (etwa 117 Euro) je Megawattstunde über einen Zeitraum von 35 Jahren zusichern. Dieser ist fast doppelt so hoch wie der heutige Absatzpreis (49 britische Pfund in 2012). Umgerechnet bedeutet dies einen garantierten Abnahmepreis für Atomstrom von 11,2 Cent pro Kilowattstunde. Hinzu kommen Inflationszuschläge. Die britischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden also das Atomkraftwerk über Jahrzehnte mit Milliarden subventionieren. Zusätzlich verbilligt der Staat die Finanzierung mit Garantien, weil die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für 65 Prozent der Baukosten bürgen sollen. Hinzu kommen Inflationszuschläge und Kreditgarantien. Weiterhin sichert der Staat dem Betreiber Kompensationszahlungen zu, sollte sich die britische Energiepolitik innerhalb der nächsten Jahrzehnte ändern und beispielsweise ein Atomausstieg angestrebt werden.